Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 34mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 7. Halle, Sonntag, den 5. Januar. 1919.

Ausdehnung der Polenherrschaft.

Noch immer keine entschlossenen Maßnahmen der Regierung. — Rafft sich die deutsche Bevölkerung zur Abwehr auf?

Anmarsch der Polen gegen Thorn und Bromberg.

Danzig, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Vormarsch der Polen geht weiter. Bis Schneidemühl sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen. In Gnesen haben die polnischen Volksanwerbungen begonnen. Das zu bildende Heer ist „für die Befreiung des Volkes" bestimmt. Gegen Thorn stehen auf preußischem Gebiet Ansammlungen von Truppen mit Artillerie begonnen haben. Die deutschen Bewohner beginnen fluchtartig die Stadt Bromberg zu verlassen, auf welche die Polen anmarschieren. Die Eisenbahn Gnesen—Bromberg ist 35 Kilometer vor Bromberg von den Polen besetzt worden.

Ganz Posen den Polen preisgegeben??

Trostlose Zustände für die deutsche Bevölkerung.

Breslau, 4. Januar. (Privattelegramm.) Die „Schles. Zeitung" meldet, daß die Berliner Regierung die Provinz Posen den Polen freigegeben habe und am 9. Januar die Proklamation der Provinz als polnischer Landesteil erfolgen soll.

In der Stadt Posen sind die Deutschen vogelfrei und den Polen auf Gnade und Ungnade ergeben. Die neuen Herren verfahren mit ihnen nach Gutdünken. Diebstähle sind in den deutschen Geschäften und Wohnungen an der Tagesordnung. In das Telegraphenamt drangen die Polen ein und zwangen die Beamten mit der Waffe, sofort die Arbeit niederzulegen. Ein Teil entfernt nach einem Tage die schriftliche Aufforderung, den Dienst wieder aufzunehmen. Das Reichspostamt lehnt jede Hilfe für seine deutschen Beamten ab.

Bewaffneter Widerstand der deutschen Bevölkerung.

Breslau, 4. Januar. (Privattelegramm.) Aus Schlesien wird gemeldet: Die Erklärung des preußischen Ministers des Innern, daß die Berliner Regierung kaum über eine Division zuverlässiger Truppen verfüge, hat in den östlichen Provinzen tiefgehende Bewegung ausgelöst. Zwar hofft man, daß die Lage doch nicht so hoffnungslos sei, aber man fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß diese Erklärung die Polen zu neuen Putschen hinreißen werde. Ziemlich fest steht, daß die Polen selbst nicht geglaubt haben, in Posen so geringen Widerstand zu finden, und über die Stärke der deutschen Sicherungen im Zweifel waren. In der Tat nähern sich auch polnische Soldaten in deutschen Uniformen und mit deutscher Ausrüstung, nur mit polnischen Kappen versehen, den urdeutschen Gebieten Posens und Nordschlesiens. Ihr Herannahen wird vielfach als Signal für einen allgemeinen Polenaufstand betrachtet. Angesichts dieser Gefahr beginnt sich die deutsche Bevölkerung Posens und Nordschlesiens zusammenzuschließen und zu bewaffnen. Es sind in zahlreichen Orten aus den gedienten Leuten Volkswehren gebildet worden, die mit Maschinengewehren und Gewehren ausgerüstet sind und die Anmarschwege der Polen besetzt halten. Auch die deutschen Soldatenräte und das schlesische Generalkommando organisieren Widerstand bis zum Aeußersten. Die Deutschen in den östlichen Provinzen sind fest entschlossen, ihre Heimat mit Blut und Leben gegenüber den Polen zu verteidigen. In den nächsten Tagen werden Organisationen für einen ganz umfassenden Widerstand durchgeführt werden. Zugleich wird mit den schärfsten Mitteln gegen den in Oberschlesien immer mehr um sich greifenden Bolschewismus vorgegangen werden. Die Behörden werden das anarchistische Treiben der zum größten Teile aus Berlin zugewanderten Spartakisten und ihrer russischen Helfershelfer nunmehr, nachdem Leben und Eigentum der oberschlesischen Bevölkerung ernstlich bedroht sind, mit den Waffen in der Hand und mit rücksichtsloser Strenge verfolgen.

Weiteres Vordringen der Polen.

Ein Ultimatum an den Heimatschutz in Meseritz.

Frankfurt a. d. Oder, 4. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Lage in Posen hat sich in der Nacht zum 4. Januar auf das äußerste zugespitzt. Die Polen sind über den Bahnhof Rentomischl hinaus entlang der Bahnlinie Posen—Bentschen vorgerückt und haben bereits die nur 6 Kilometer von Bentschen entfernt liegende Bahnstation Chroschnitz besetzt. Von dort aus haben sie an das Kommando des Heimatschutzes in Meseritz das Ultimatum gestellt, bis heute mittag 12 Uhr den Bahnhof Bentschen den Polen zu übergeben. Zu gleicher Zeit haben sie mit der etwa 25 Minuten vom Bahnhof in östlicher Richtung entfernt liegenden Stadt Bentschen Verhandlungen begonnen wegen Uebergabe der Stadt. An den Verhandlungen, die noch nicht beendet sind, beteiligten sich von seiten der Stadtverwaltung zwei deutsche und zwei polnische Stadtverordnete. Es muß hervorgehoben werden, daß Bentschen von 2800 Deutschen und 1800 Polen bewohnt wird. Die Verhandlungen wegen Uebergabe der Stadt schweben noch. Das polnische Ultimatum wegen Räumung der Stadt Bentschen hat das Kommando des Heimatschutzes abgelehnt und die Truppen Befehl gegeben, den Bahnhof unter allen Umständen zu halten. [illegible] Feldartillerie und Flieger untergebracht. Möglichst schnelle Verstärkung dieser Truppen durch zuverlässige Bataillone ist dringend erforderlich, da es sich in der Angelegenheit des Bahnhofes Bentschen um eine Frage von allerhöchster Bedeutung und Wichtigkeit für das Reich und für Berlin handelt. Der Bahnhof Bentschen ist ein großer Eisenbahnknotenpunkt. Fällt der Bahnhof in polnische Hand, so ist nicht nur die Verbindung nach Schlesien sondern auch die Lebensmittelversorgung von Frankfurt a. d. Oder und Berlin und weiterer Gebiete des Reiches in Frage gestellt. Schnellste und ausreichende Verstärkung ist dringend erforderlich, soll dieser wichtige Bahnhof nicht verloren gehen.

In der vergangenen Nacht ist bereits ein Proviantlager bei Bentschen geplündert worden.

Polnisches Ultimatum in Hohensalza.

Hohensalza, 4. Jan. Gestern fand hier eine Versammlung der führenden deutschen und polnischen Persönlichkeiten mit dem Regimentskommandeur des Infanterie-Regiments 140 statt, in der angesichts der Verhältnisse beschlossen wurde, an den Kriegsminister ein Telegramm zu richten, in dem um Abberufung des hier garnisonierenden Infanterie-Regiments 140 gebeten wird. Die Polen hatten ein Ultimatum gestellt, in der hervorgehoben wird, daß sie nicht mehr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit bürgen, wenn die deutschen Truppen weiter in der Stadt verbleiben. An Stelle des Regiments solle eine aus Deutschen und Polen bestehende Sicherheitswehr treten, die in der freizumachenden Artilleriekaserne untergebracht werden soll.

In der Stadt herrschte in der vergangenen Nacht Ruhe und der Betrieb geht wieder seinen gewohnten Gang.

Ausbau des Grenzschutzes.

Berlin, 4. Januar. Die Beratungen der Reichsregierung und des Zentralrates, die unter Zuziehung des neuen Kriegsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Uebereinstimmung beendet worden. Man hat sich angesichts der Ereignisse zu einem wesentlichen Ausbau des Grenzschutzes entschlossen. Am Dienstag wird der Aufruf an die Freiwilligen ergehen, und es werden gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen über die Kommandostellen, die Höhe der Löhnung und die Art der Organisation veröffentlicht werden.

Ein westfälisches Freiwilligenbataillon für die Ostmark

Münster, 4. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Von seiten des 7. Armeekorps wird auf Grund des Aufrufes der Reichsregierung ein westfälisches Freiwilligenbataillon zum Schutze der Ostmark aufgestellt werden. Das Bataillon wird sofort nach der Ostmark gehen, wenn sein Mannschaftsbestand vollständig und seine kriegsmäßige Ausrüstung vollendet ist.

Der Regierungspräsident warnt vor Zahlung der polnischen Nationalsteuer.

Allenstein, 4. Jan. Die „Allensteiner Zeitung" meldet: Der Regierungspräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „Nach Zeitungsnachrichten hat der in Posen abgehaltene sogenannte polnische Teilgebietslandtag einen Beschluß gefaßt, nach welchem alle Polen und Polinnen, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches wohnen oder Grundeigentum besitzen, ferner alle Erwerbsgesellschaften, Aktiengesellschaften und Genossenschaften bis zum 15. Januar 1919 die polnische Nationalsteuer in Höhe von mindestens 100 Prozent der Staatseinkommensteuer zu zahlen haben. Für die Eintreibung der Steuer sollen die in allen Kreisen befindlichen polnischen Volksräte sorgen. Demgegenüber weise ich darauf hin, daß der erwähnte Beschluß jeder Rechtswirkung entbehrt. Niemand ist verpflichtet, die „Nationalsteuer" zu entrichten. Keine staatliche Behörde darf bei der Einziehung mitwirken. Steuern dürfen nur auf Grund von Gesetzen erhoben werden. Wer ohne gesetzliche Ermächtigung Steuern erhebt, macht sich nach Paragraph 132 des Reichsstrafgesetzbuches strafbar. Auch vor freiwilliger Zahlung der Steuern warne ich, da der Ertrag zweifellos staatsfeindlichen Zwecken dienen soll."

16 Todesopfer.

Königshütte, 4. Januar. Nach einer bisherigen Zusammenstellung sind bei den gestrigen Unruhen 16 Personen getötet und 21 verletzt worden.

Schwierigkeiten mit der Entente durch polnische Gewaltakte.

Berlin, 4. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die Abfahrt der auf dem Bahnhof Jarotschin stehenden leeren Eisenbahnwagen, die gemäß dem Waffenstillstandsvertrage dem Oberkommando der Alliierten auszuliefern sind, ist durch die polnische Besatzung verhindert worden. Dadurch wird die Innehaltung der Waffenstillstandsbedingungen störend beeinflußt.

Grobe Exzesse von Bergarbeitern.

Waldenburg, 4. Jan. Hunderte von Bergarbeitern sind heute morgen in die Geschäftsräume des „Neuen Tageblattes" in Waldenburg gewaltsam eingedrungen. Sie bedrohten die Schriftleiter und das technische Personal durch Tätlichkeiten und verlangten sofortige Stillegung des Druckereibetriebes, Einstellung des Erscheinens der Zeitung und Entfernung des Hauptschriftleiters. Sie drohten ferner einen allgemeinen Ausstand der Arbeiter des Waldenburger Reviers an, falls die Forderungen nicht erfüllt würden.

Die Zertrümmerung der russischen Industrie durch die Vergesellschaftung.

Wenn man die deutsche und russische Revolution miteinander vergleicht, so hat sich in zahlreichen Punkten die deutsche des russischen Musters bedient. Mit lauter Stimme wird von mancher Seite auch die baldigste Vergesellschaftung der Betriebe, wie sie in Rußland durchgeführt ist, gefordert. Daß diese Maßnahme den Zusammenbruch der gesamten russischen Industrie und damit namenloses Elend herbeigeführt hat, daran wird hierbei garnicht gedacht. Wir sind noch in der Lage, uns die russischen trostlosen Zustände zum warnenden Beispiel dienen zu lassen und die dort begangenen schweren Fehler zu vermeiden. Wie sich die Vergesellschaftung von Industriebetrieben in Rußland vollzogen hat, darüber ist in Nr. 620 des „W. R. D. Ueberseedienstes" folgendes ausgeführt:

„In der ersten Zeit der bolschewistischen Regierung wurden nur vereinzelte Industriebetriebe vergesellschaftet, und zwar gelangte diese Maßnahme in der Hauptsache solchen Unternehmungen gegenüber in Anwendung, deren Leitungen sich geweigert hatten, den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der Betriebe, Entlassung der Arbeiter, Regelung der Erzeugung usw. zuzuerkennen. In der Folge aber wurde die Vergesellschaftung auf die meisten größeren Betriebe ausgedehnt und schließlich in einem Erlaß vom 28. Juni 1918 für den ganzen großrussischen Volksstaat gesetzlich geregelt. Bis zum 1. Juni 1918 waren bereits 486 Unternehmungen vergesellschaftet worden. Der erwähnte Erlaß erfaßte fast sämtliche Aktienunternehmungen der verschiedensten Industriezweige. Unter diese Verordnung fielen etwa 1100 Aktienunternehmungen mit einem Grundkapital von ungefähr 3 Milliarden Rubel. Der Erlaß bedeutete zwar noch nicht die praktische Durchführung der Vergesellschaftung bezüglich aller darin vorgesehenen Betriebe, sondern erklärte zunächst nur grundsätzlich, daß das Eigentumsrecht der früheren Besitzer aufgehoben sei und die betreffenden Betriebe von jetzt ab als in ihrer unentgeltlichen Nachtnutzung befindlich anzusehen seien. Es handelte sich also bei dieser Maßnahme um eine etwa dem Begriff der vorläufigen Beschlagnahme entsprechende vorbereitende Sicherung, durch die verhindert werden sollte, daß die Unternehmungen veräußert, aufgeteilt oder sonstwie wesentlich verändert werden, bis ihre endgültige Uebernahme durch den Wirtschaftsrat bezw. die Fabrikausschüsse erfolgen kann. Den alten Besitzern wurde durch den Erlaß auch die Pflicht auferlegt, ihre Betriebe in bisheriger Weise zu finanzieren und weiter zu verwalten. Selbstverständlich gaben sich die früheren Besitzer dazu in den meisten Fällen nicht her, sondern ließen oftmals ihre Werke, deren endgültige Fortnahme ihnen ständig drohte, im Stich und flüchteten. Außerhalb des Erlasses vom 28. Juni 1918 blieben nur vereinzelte Industrie- und Erwerbszweige, so z. B. die Naphthaindustrie und das Versicherungswesen. Nach einer in einer russischen Zeitung vom 17. September 1918 veröffentlichten amtlichen bolschewistischen Statistik sind bisher 513 Industrieunternehmungen in Großrußland in der vorerwähnten Weise tatsächlich vergesellschaftet worden. Hierbei ging man meist ganz planlos vor. Etwa die Hälfte der vergesellschafteten Betriebe, und zwar 218, entfällt auf die Bergwerks-, Hütten- und metallurgische Industrie, 40—60 Betriebe gehören zur chemischen, Papier- und Nahrungsmittel-Industrie. Von den übrigen Industriezweigen sind ungefähr 20 Unternehmungen vergesellschaftet worden.

Die praktischen Ergebnisse der Vergesellschaftung sind nach den Angaben der vorerwähnten amtlichen Statistik einfach entsetzlich. Die Statistik muß zugeben, daß die Produktion aller vergesellschafteten Betriebe gegenüber dem früheren Zustand außerordentlich zurückgegangen ist. Hierzu kommt, daß die Einnahmen fast auf der ganzen Linie weit hinter den Ausgaben zurückgeblieben sind, obwohl der Vergesellschaftung meist im vollen Betriebe befindliche Unternehmungen mit Einrichtung, Ausrüstung und Rohstoffen unentgeltlich in die Hände fielen. Für die Zeit vom 1. Januar bis zum 1. April 1918 als verhältnismäßig noch sehr wenig Unternehmungen vergesellschaftet waren, mußte der Staat für die Betriebskosten dieser letzteren bereits 92 Mill. Rubel zusetzen. Man

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190105017/fragment/page=0001

darf annehmen, daß die Gesamtsumme solcher Unterstützungen des Staates heute weit über 1 Milliarde Rubel beträgt.

Die Gegner der Bolschewisten bemerken zu diesen traurigen Ergebnissen, daß die Vergesellschaftungspolitik der Moskauer Sowjetregierung aus der russischen Industrie eine Armenanstalt gemacht hat, in der die Arbeiter verpflegt werden, ohne daß Einkünfte zu erwarten sind. Von bolschewistischer Seite wird dagegen angeführt, daß der Niedergang der russischen Industrie nicht der Vergesellschaftung, sondern anderen Faktoren, die z. Zt. allgemein in Rußland wirken, zuzuschreiben sei. Vor allen Dingen spielten hier der Mangel an Rohstoffen, die Zerrüttung des Verkehrswesens usw. eine Rolle. Außerdem leide die Industrie in der Ukraine, wo die Betriebe nicht vergesellschaftet sind, keineswegs weniger als in Rußland. Diese Einwendungen sind aber leicht zu entkräften. In der Ukraine liegen die Verhältnisse so, daß die Industrie auch noch heute unter den Folgen der bolschewistischen Invasion, deren Dauer gerade genügte, um die Werke und Fabriken erheblich zu schädigen und zu zerstören, außerordentlich gelitten hat. Die Bestrebungen zur Wiederherstellung der Ordnung konnten in letzter Zeit keine erheblichen Erfolge mehr erzielen, weil der Mangel an Schmieröl und die hierdurch verschärfte Zerrüttung des Verkehrswesens einen so hohen Grad erreicht haben, daß eine Abhilfe unmöglich ist. Großrußland ist in dieser Beziehung viel besser daran als die Ukraine. Auch spricht ein Vergleich, der z. Zt. privatwirtschaftlich betriebenen Unternehmungen in Rußland mit den vergesellschafteten Betrieben, soweit es sich um die Betriebsergebnisse handelt, ganz offensichtlich zu Gunsten der ersteren. Ferner läßt sich auch an der Leinen-, Flachs- und Textilindustrie in weiterem Sinne erkennen, daß die bolschewistische Vergesellschaftspolitik an sich den Niedergang dieser Industrien, die durchaus keinen Mangel an Rohstoffen leiden, verschuldet hat."

Obige Ausführungen reden eine furchtbar ernste Sprache. Es ist daher nötig, daß man sich bei uns in Deutschland immer wieder klar macht, daß die Vergesellschaftungspolitik die hauptsächlichste Schuld an der Zertrümmerung der Industrie in Rußland trägt und durch sie die ganze Bevölkerung in entsetzliches Elend und trostlose Verzweiflung gestürzt worden ist. Man solle daher immer wieder auf die russischen Verhältnisse hinweisen, damit wir von solchen Experimenten, wie sie Rußland der ganzen Welt gezeigt hat, verschont bleiben.

Hoovers Ansicht über Deutschlands Nahrungsmittelvorräte.

Paris, 4. Jan. (Reutermeldung.) Hoover teilt mit: Die Alliierten erwarten, daß Deutschland die nötigen Schiffe stellt, um Lebensmittel in die besetzten Gebiete zu bringen, als Entgelt für die Erlaubnis, Nahrungsmittel für sich selbst zu holen. Deutschland muß auch Schiffe stellen zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen. Deutschland habe, abgesehen von Fett, sicher genügend Nahrungsmittel, um noch einige Zeit durchzuhalten.

Paris, 3. Jan. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover hat einen Bericht über die Ernährungslage Europas gegeben, in dem er sagt: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine lange Zeit auszuhalten, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist. Die Festsetzung der Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den besetzten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Untersuchung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsamts und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen gesandt. Daneben gaben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in dem ganzen in Frage kommenden Gebiete. Daher entstehen nach der Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mußten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastautos einrichten. Außerordentlich schwierig war ferner die Finanzfrage. Die Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate bildet ein gewisses ökonomisches Problem. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. An Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Zahlung zu annehmbaren Werten verkaufen. 2. sind es die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilig Anleihen geben kann. 3. Die Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus dem gegenwärtig verfügbaren Land nicht gewährt werden kann. Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollen, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

Ein Alliiertenrat für Nahrungsmittelzufuhr.

Paris, 3. Januar. (Reuter-Meldung.) Die amerikanische Kommission für die Friedensverhandlungen hat heute folgende Erklärung abgegeben: Bei der Ankunft des Präsidenten Wilson wurden ihm die Ergebnisse der Untersuchungen, die von den Beamten der Regierungen der Vereinigten Staaten und der Alliierten über die Ernährungslage der Neubefreiten, der Neutralen und der feindlichen Länder in Europa angestellt worden waren, vorgelegt. Seit seiner Ankunft ist der Präsident über die zwischen den Regierungen abgehaltene Konferenzen, die sich mit der Methode der Hilfsorganisationen für diese Bevölkerung befassen, unterrichtet worden. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten stimmen darin überein, daß Hilfe geleistet werden muß. Die alliierten Regierungen haben dem Präsidenten Wilson mitgeteilt, daß sie den Wunsch haben, die Regierung der Vereinigten Staaten möchte bei der Organisation und Durchführung des Hilfswerkes die Leitung übernehmen. Entsprechend diesem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten wird nunmehr ein Rat, in den jede Regierung zwei Vertreter ernennt, gebildet, um die Unterstützung mit Nahrungsmitteln, Geld und Schiffen zu sichern und in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Engländer und die Lebensmittelnot in Deutschland.

London, 3. Jan. (Reuter.) „Times" veröffentlicht einen langen Artikel über den Lebensmittelzustand in Norddeutschland, der von einem Mitglied der alliierten Marinekommission in den deutschen Gewässern verfaßt wurde, und in dem es u. a. heißt: Wenn die Lebensmittelverhältnisse im übrigen Deutschland nicht viel schlechter sind als in Oldenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, brauchen sich die Alliierten mit ihrer Hilfe ganz gewiß nicht zu eilen. Ich bin überzeugt, daß keiner der etwa 20 oder mehr Mitglieder der verschiedenen Unterkommissionen, die viele hunderte Meilen zurückgelegt und Zehntausende von Menschen ganz nahe sahen, von einem einzigen Falle deutlich sichtbarer Unterernährung gehört haben. Sie sind vielmehr einstimmig der Meinung, daß die ganze Bevölkerung dieser Landstriche sowohl in den Städten als auch auf dem Lande so gut wie normal ernährt sind.

Bemerkung der Redaktion: Eigentlich sollte es der „Times" bekannt sein, daß Deutschland nicht für seine verhältnismäßig wenig bevölkerten Agrargebiete, sondern für die Millionen minderwertigster Bevölkerung der Industriestädte um amerikanische Lebensmittelhilfe gebeten hat.

Die Nationalversammlung in Erfurt?

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, ist von den Volksbeauftragten als Ort der Nationalversammlung Erfurt in Aussicht genommen. Eine feste Entscheidung ist aber noch nicht gefallen.

Verschärfte Maßnahmen gegen Spartakus

Dresden, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Dresdener Nachrichten" aus Berlin erfahren, hat die neue Reichsregierung beschlossen, gegen die Bewaffnung der Spartakusanhänger und gegen den Terror dieser Minderheit im ganzen Reiche einzuschreiten. Es sind Anordnungen an die Behörden bezw. an die Volksregierungen ergangen, mit polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen gegen den Terror und gegen die Propaganda der Tat seitens der Spartakusleute vorzugehen.

Der Rhein und die Trikolore.

Mainz, 4. Januar. (Privattelegramm.) Die französische Kriegsflotte auf dem Rheine soll aus 21 Einheiten bestehen. Die Fahrzeuge fahren von Havre über Paris nach Straßburg.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit im rheinischen Industriegebiet.

—r. **Köln**, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Besprechung zwischen Arbeitgebern der Großindustrie und Vertretern der Gewerkschaften ist man sich im Prinzip darüber einig geworden, daß man zur Einführung einer Doppelschicht von 4 und 6 Stunden übergeht, um eine größere Anzahl von Arbeitern zu beschäftigen und dadurch das Heer der Arbeitslosen vermindern zu können.

Aus dem besetzten Gebiete.

—r. **München-Gladbach**, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der rechten Rheinseite sind Gerüchte verbreitet, wonach hier die Belgier gemeutert hätten. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese Gerüchte durchaus unbegründet sind. Es herrscht hier völlige Ordnung. Der Kommandant der belgischen Besatzungsarmee hatte hier seit zwei Wochen sein Hauptquartier. Gemäß einer Anordnung der belgischen Besatzungsbehörde werden hier sämtliche Kriegervereine aufgelöst. Die Ortskommandantur hat der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß von heute ab Reise-Erlaubnisscheine für Düsseldorf rechtsrheinisches Ufer nicht mehr ausgegeben werden.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 4. Januar. Ueber die Zahl der an der Friedenskonferenz teilnehmenden Parlamentarier liegen noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Indessen werden Frankreich, die Vereinigten Staaten, England, Italien und Japan je fünf, Belgien und Serbien je drei, Griechenland und Portugal je zwei Delegierte entsenden. Hinzu kommen noch die neutralen Länder, die die Beziehungen zu den Mittelmächten abgebrochen haben. Außerdem werden Vertreter der Tschechoslowaken, Südslawen und Rumänen an der Konferenz teilnehmen. Da die bolschewistische Regierung von der Entente nicht anerkannt wird, ergibt sich hinsichtlich Rußlands die Frage, wer diese Nation vertreten könnte, ob entweder angesehene russische Persönlichkeiten oder eine interalliierte Kommission. Jedenfalls würde die der Vertretung nur beratender Charakter zukommen. Frankreich wird wahrscheinlich vertreten sein durch Clemenceau, Pichon, Klotz, Bourgeois, Tardieu, Marschall Foch als Generalissimus und Admiral Wyneß als Admiralissimus werden von Amtswegen an der Konferenz teilnehmen. Die neutralen Länder werden eingeladen werden, durch Bevollmächtigte ihre Ansichten hinsichtlich der Fragen bekanntzugeben, die ihre Interessen wesentlich berühren. Die Beschlüsse werden einstimmig, nicht nach Stimmenmehrmehrheit gefaßt werden.

Die Treibereien unter den Wenden.

Prag, 3. Januar. In Prag herrscht großer Kohlenmangel. Der Verkehr der Straßenbahn ist stark eingeschränkt und wird eingestellt werden, wenn nicht in letzter Stunde eine größere Menge Kohlen eintreffen wird. Eine gänzliche Einstellung der Gasabgabe wird in den nächsten Tagen angeordnet werden.

Der Nationalrat der Lausitzer Wenden in Bautzen erließ eine Proklamation, in der die Anerkennung der Lausitzer Wenden als einer Sondernation im Sinne des Wilsonschen Friedensprogramms mit dem Hinzufügen gefordert wird, daß sich die Friedenskonferenz an die der Nationalrat bei dieser Gelegenheit herantreten werden, damit beschäftigen möge.

Das Schicksal der ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe.

Vorschlag Admiral Rodmans.

WTB. **London**, 4. Jan. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet vom 3. Januar aus Washington, das Admiral Rodman, der den Befehl über die amerikanische Schlachtflotte in der Nordsee führt, in der Marinekommission des Repräsentantenhauses dazu riet, alle übergebenen Schiffe der deutschen Marine zu verschießen. Er erklärte, daß man die deutschen Schiffe nicht brauche, da die Typen von denen der Alliierten abweichen, so daß die Instandhaltung der Schiffe Geldverschwendung bedeuten würde.

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembdner.

32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ihm war es, als zeige alle Welt mit dem Finger auf ihn, und als spotteten tausend Lippen: „Seht da — den Dieb, den ertappten Dieb . . . ."

Es war zum Rasendwerden! Er ballte die Fäuste, er knirschte mit den Zähnen, und wenn jetzt Franz Lengner noch vor ihm gestanden, er hätte ihn in seinem aufkochenden Zorn zu Boden geschlagen.

Aber Lengner mußte ihm Rechenschaft geben! Er eilte auf die Hausflur zu und griff die Klinke — die Tür war verschlossen.

In sinnlosem Zorn rüttelte er an der Tür.

Da näherten sich ihm die Knechte mit drohenden Mienen.

„Lassen Sie die Tür in Ruh', Herr Born," sagte einer der Männer. „Sie sehen ja, daß sie verschlossen ist und daß Herr Lengner nicht für Sie zu sprechen ist."

„Und wenn wir Ihnen raten sollen," setzte ein anderer hinzu, „dann machen Sie, daß Sie vom Hofe kommen, oder wir helfen Ihnen rascher dazu, als Ihnen lieb sein dürfte."

„Sie haben hier nichts mehr zu suchen," rief ein dritter.

Da besann sich Fritz und zwang mit Gewalt seine Bewegung nieder. Er schämte sich, den Leuten seinen Zorn gezeigt zu haben. Ohne sie einer Erwiderung zu würdigen, verließ er den Hof und bestieg seinen Wagen.

„So rasch die Pferde laufen können, nach Hause!" rief er dem Kutscher zu, und dieser, in der Meinung, sein Herr sei krank geworden, ließ die Trakehner Rappen tüchtig ausgreifen.

In einer halben Stunde war Fritz zu Hause. Aber wie verödet schien ihm sein freundlicher Heim, in dem er einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen gehofft hatte. Irr, wie im Fieber, lief er seine Augen umherschweifen. Da fiel sein Blick auf ein großes Schreiben, welches auf seinem Schreibtisch lag.

Militaria! stand darauf, und es war mit dem Siegel der Bezirkskommandantur gesiegelt.

Mit zitternden Händen öffnete Fritz das Schreiben und überflog es mit heftigen Blicken. Bleich wie der Tod, ließ er das Schreiben zur Erde fallen, dann stieß er einen röchelnden Laut aus und sank auf einen Stuhl, während sein Haupt schwer auf die Arme niederfiel, die sich auf den Tisch gelegt hatten. Das Schreiben lautete:

„Euer Wohlgeboren teilt das Königliche Bezirkskommando mit, daß von Ihrer Offizierswahl Abstand genommen worden ist, da der Verdacht einer unredlichen Handlungsweise auf Ihnen lastet. Das Bezirkskommando stellt Ihnen anheim, die geeigneten Schritte zu tun, sich von diesem Verdacht zu reinigen, in welchem Falle das Kommando weiter erwägen wird, ob Sie zur Offizierswahl noch zugelassen sind.

v. Waldau.
Major z. D. und Königl. Bezirkskommandant.

XIV.

Es nährte mehrere Tage, ehe sich Fritz von dem furchtbaren Schlage soweit erholt hatte, daß er ruhig darüber nachdenken konnte, was er tun sollte, um seine in den Schmutz getretene Ehre wieder rein zu waschen. Er konnte nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß die Verleumdung von Schloß Hambach ausging, und wenn er auch Stanislaus Prokurski für den eigentlichen Verleumder hielt, so mußte er doch auch die Baronin beschuldigen, denn wenn diese die Verleumdung nicht weiter in der Gesellschaft verbreitet hätte, dann würde man ihr nicht solches Gewicht beigelegt haben.

Aber was konnte die Baronin ihm vorwerfen? In seiner früheren Stellung als Verwalter auf Schloß Hambach hatte er sich nie das geringste Versehen zuschulden kommen lassen, er besaß darüber das Zeugnis des verstorbenen Barons. Der Grund, weshalb er Hembach damals so rasch verlassen hatte, war, selbst wenn er den Tatsachen entsprochen hätte, nicht genügend, seine Ehre zu besleden. Ein leichtsinniger Streich wurde einem jungen Mann nicht so übel genommen worden sein.

Hier handelte es sich ja auch um eine Unredlichkeit, deren man ihn beschuldigte!

Fritz stand vor einem Rätsel. Aber er war fest entschlossen, dasselbe zu lösen und nicht dieser Aufgabe feige aus dem Wege zu gehen, wie ihm Franz Lengner geraten hatte.

Zuerst mußte er aber die Tatsache kennen, welche man ihm zur Last legte.

Sollte er sich an die Baronin direkt wenden?

Aber was konnte er anführen, um von ihr Rechenschaft zu fordern? Er wußte ja noch nicht einmal, wessen man ihn anklagte. Das zu erfahren, mußte seine erste Sorge sein, und wahrscheinlich würde er es am ersten und zuverlässigsten auf dem Bezirkskommando erfahren, denn dieses konnte nicht ohne nähere Kenntnis der Sachlage jenes Schreiben an ihn gerichtet haben.

Fritz fuhr deshalb am nächsten Tage in die Stadt und ließ sich beim Bezirkskommandeur melden.

Major von Waldau war ein alter, sechzigjähriger Offizier, der sich schon vor zehn Jahren aus dem anstrengenden Frontdienst auf den ruhigen Posten eines Bezirkskommandeurs zurückgezogen hatte. Fritz kannte ihn persönlich als einen gutmütigen, ehrenhaften Herrn, der ohne Grund gewiß niemandem strenge entgegentrat. Ungerecht oder auch nur allzu rasch einen Menschen zu verurteilen, lag ganz außerhalb des Wesens des alten Herrn.

Fritz wurde in die Privatkanzlei des Majors geführt, der ihn in steifer militärischer Haltung an seinem Schreibtisch stehend empfing, ohne jedoch Fritz' achtungsvollen Gruß zu erwidern.

„Ich habe Ihren Besuch erwartet, Herr Baron," sagte er mit seiner knarrenden Stimme eines alten Soldaten. „Aber ich muß Ihnen von vornherein sagen, daß ich Ihnen keine Hoffnung machen kann, das Reskript, welches Sie erhalten haben, zurückzunehmen."

„Ich wollte Herrn Major auch nicht darum bitten," entgegnete Fritz, indem er sich gewaltsam zur Ruhe zwang, „sondern darum, mir mitzuteilen, welcher unredlicher Handlungsweise man mich beschuldigt."

„Ich weiß nicht, ob ich dazu befugt bin. Sie müssen sich an diejenigen Personen halten, welche das Gerücht verbreitet haben. Wären Sie bereits Offizier, dann wäre es freilich meine Pflicht, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, entweder auf ehrengerichtlichem Wege oder vor dem Kriegsgericht. So muß ich Sie an die Zivilgerichte verweisen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190105017/fragment/page=0002

Vereitelter Putsch gegen den A.- und S.-Rat in Kuxhaven.

Hamburg, 4. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie gemeldet wird, ist heute früh das Standrecht über Kuxhaven verhängt worden. Der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr ist gesperrt. Es solle angeblich ein Putsch zur Entfernung des dortigen A.- und S.-Rates stattfinden, der jedoch in letzter Stunde aufgedeckt wurde.

Der Bolschwismus in Riga.

Rotterdam, 4. Januar. (Privattelegramm.) Die „Morning Post" meldet aus Riga: Die litauischen Sowjets haben die Festnahme aller irgendwie verdächtigen Bürgerlichen in Riga angeordnet. Tausende von ihnen sind bereits auf dem Transporte. Der Sowjet erklärte das Privateigentum und den Besitz im besetzten Riga für abgeschafft.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 4. Jan. (Havas.) Gemäß dem Beschlusse der internationalen Konferenz zu Leeds im Jahre 1916 hat der Sekretär des allgemeinen Arbeitsverbandes Jouhaux Vertreter der Gewerkschaftszentralen eingeladen, an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, die zugleich mit der internationalen Arbeiterkonferenz stattfinden wird. Jouhaux ersuchte den Sekretär der holländischen Gewerkschaftszentrale, die Zentralen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn usw. einzuladen. Jede Nation kann 10 Delegierte zur Konferenz entsenden. Bei der Abstimmung erhält jede Nation eine Stimme.

Deutsches Reich.

Ausarbeitung einer Reichsverfassung.

Berlin, 4 Jan. Unter Führung des Vereins Recht und Wirtschaft hat sich in Berlin ein Ausschuß gebildet, der bei Mitarbeit hervorragender Staatsrechtslehrer und Praktiker beabsichtigt, bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung den Entwurf einer Reichsverfassung auszuarbeiten. Der Ausschuß hofft, seine Arbeiten rechtzeitig fertigzustellen und der Nationalversammlung sowie der Oeffentlichkeit unterbreiten zu können.

Prinz Ratibor verläßt Madrid.

—r. **Essen**, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, berichtet der „Temps" aus Madrid: Dem deutschen Botschafter Prinz Ratibor wurden die Pässe ausgestellt. Er wird Madrid am 9. Januar verlassen.

Der neue deutsche Gesandte in Bern.

WTB. **Berlin, 4. Januar.** (Drahtnachricht.) An Stelle des früheren Gesandten Romberg soll der bayrische sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und langjährige Chefredakteur der „Münchener Post", Adolf Müller, zum deutschen Gesandten in Bern ernannt werden.

Ablehnung eines bayerischen Landwirtschaftsministeriums.

WTB. **München, 4. Jan.** (Drahtnachricht.) Der provisorische Nationalrat hat mit großer Mehrheit einen Antrag des Bauernbündlers Gandorfer auf Schaffung eines selbständigen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft abgelehnt. Minister Auer hatte sich nachdrücklich gegen den Antrag, Ministerpräsident Eisner für denselben ausgesprochen.

Von der Reichsregierung.

WTB. **Berlin, 4. Januar.** (Drahtnachricht.) Die Reichsregierung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit einem Gesetzentwurf betreffend Verhütung der Kapitalabwanderung und mit dem Aufruf zur Bildung einer Freiwilligen Wehr, der am Dienstag erscheinen soll.

Polizeipräsident Eichhorn seines Amtes enthoben.

Berlin, 4. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat die preußische Regierung den bisherigen Polizeipräsidenten Eichhorn seines Amtes enthoben. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers übernimmt Minister Ernst unbeschadet seines Amtes das Berliner Polizeipräsidium.

Reiseerlaubnis für überseeische Gebiete.

Berlin, 4. Jan. Die deutsche Waffenstillstandskommission ersuchte die Alliierten um Auskunft, wann und unter welchen Umständen deutsche Staatsangehörige nach den überseeischen Gebieten, insbesondere nach Südamerika, reisen könnten. Die Entente wurde gebeten, deutsche Staatsangehörige schon jetzt auf neutralen Schiffen ungehindert reisen zu lassen.

Die bayerischen Postwertzeichen werden demnächst den Aufdruck „Volksstaat Bayern" erhalten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 4. Januar. Bei dem gestrigen niedrigen Kursstand zeigte sich kein weiteres Angebot von Ware. Andererseits war bei der herrschenden Unsicherheit bezüglich der Entwickelung der Verhältnisse nur geringe Unternehmungslust zu bemerken. Immerhin trat aber für einige gut fundierte Werte, so namentlich für chemische Papiere, einige Kauflust hervor, die die Kurse um einige Prozent hob. Am meisten zogen hieraus Akt.-Ges. für Anilinfabrikation und Höchster Farbwerke Nutzen, die 5 bezw. 7 Proz. gewannen. Elektrizitätsaktien neigten zur Abschwächung. Hütten- und Bergwerksaktien waren im allgemeinen wenig verändert. Kleine Steigerungen hatten Bismarckhütte und Phönix-Aktien aufzuweisen. Von Schiffahrtsaktien besserten sich Norddeutscher Lloyd etwas; die Umsätze hielten sich meist in engen Grenzen. Am Anlagemarkt herrschte eine feste Haltung; besonders für vierprozentige deutsche Anleihe machte sich Begehr geltend, der auch zu Kursbesserungen führte.

Devisenkurse.

Berlin. 4 Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland	100 fl.	3[illegible],00	340.50	342.[illegible]0	342.50
Dänemark	100 Kr.	218.00	218.50	219.00	219.[illegible]0
Schweden	100 Kr.	240.75	241.2	241.75	242,25
Norwegen	100 Kr.	229.75	230.50	230.75	231.25
Schweiz	100 Fr.	172.25	17[illegible].50	172.75	172.75
Wien / Budapest	100 K.	53.20	53.30	53.45	53.55
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konstantinopel Geld —.— Brief —.— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 139.00 Brief 140.00 für 100 Pesetas
Helsingfors 81,25 81,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 4. Januar. Eine Belebung ist im hiesigen Produktenverkehr nicht eingetreten. Die Tendenz für Serradella war heute eher etwas schwächer, da verschiedene Offerten aus Pommern vorlagen. Rotklee ist ebenfalls angeboten, doch in weniger guten Sorten, für die kein Interesse herrscht. Was Rüben anbetrifft, so bleibt das Angebot bestehen, namentlich stehen auch größere Posten Futterrüben zum Verkauf, da die Fabriken anscheinend kaum noch Käufer sind. Der Absatz der Ware ist aber auch hier gering, weil die Käufer sehr zurückhaltend sind. Im Rauhfuttergeschäft hat sich nichts verändert.

Neue Roheisenpreise.

Essen (Ruhr), 4. Januar. In der Sitzung der Preiskommission des Roheisenverbandes wurden die Inlandspreise für Januar 1919 festgesetzt. Preiserhöhungen um durchschnittlich 85 Mk. wurden beschlossen. Für die hauptsächlichsten Roheisensorten stellen sich die Erhöhungen wie folgt: Hämatit 91,50 Mk., Gießerei-Roheisen Nr. 1 88,50 Mk., Gießerei Roheisen Nr. 3 92.50 Mk., Luxemburger Gießerei-Roheisen Nr. 3 85 Mk., Siegerländer Puddeleisen 104,50 Mk., Siegerländer Stahleisen 71,50 Mk., Spiegeleisen (8—10 Prozent) 91,50 Mk.

Internationale Regelung der Rohtabak-Versorgung.

Aus Rotterdam wird geschrieben:

Die Aussichten auf Wiederaufbau der holländischen Tabakmärkte werden immer trüber; für die deutschen Tabakmärkte ist der Ausblick noch schlechter. Die assoziierten Mächte errichten in London eine Weltzentrale zur Verteilung der Rohstoffe. Diese Zentrale wird auch die internationale Rohtabak-Versorgung regeln. Holland hat sich anschließen müssen. Die Erzeugnisse der eignen Kolonien sind damit der Verfügung der Assoziierten unterworfen; zum mindestens für das Jahr 1919. Zugleich bedingt die internationale Nationierung eine Fortdauer der nationalen Zwangswirtschaft. Dem holländischen Tabakgewerbe soll mit 125 000 Ballen eine gänzlich unzureichende Jahresmenge zugewiesen werden. Dieser niedrige Nationierungssatz bedeutet auch künstliche Material-Verteuerung durch Fortdauer hoher Tabakpreise. Daraus erwächst den holländischen Fabrikanten, soweit sie noch zusammen etwa 2 Milliarden Zigarren für Export liegen haben, eine unerhoffte Hilfe. Das Beschränkungssystem droht aber für die Eigner der auf Java und Sumatra auf Abladung gekauften Tabake — etwa 2 Mill. Ballen sind aus den letzten drei Ernten noch unverschifft — verhängnisvoll zu werden und wird manche Plantagen-Unternehmungen vor Sein oder Nichtsein stellen. Unabhängig von der Rationierung des europäischen Bedarfs ist eine Vereinbarung über den unmittelbaren Handelsverkehr der niederländischen Kolonien mit den Vereinigten Staaten in Vorbereitung, welche die Auslieferung der amerikanischen Ankäufe hochwertiger Decktabake aus den holländischen Zwischenmärkten zugunsten der direkten Verschiffung nach San Franzisko und New York zur Folge haben wird. Nach aller Voraussicht wird die Nationierung und Zwangsbewirtschaftung der europäischen Absatzländer in diesen zur Bildung eigner Einkaufskörperschaften zwecks direkter Käufe im Erzeugungslande führen. Daneben scheint unter französischer Begünstigung der Plan zu bestehen, die Anfuhren mittel- und südamerikanischer Tabake von Bremen und Hamburg nach Antwerpen zu ziehen.

Kali.

Berlin, 4. Jan. Wie wir von zuständiger Seite hören, ist von der Liste der zur Ausfuhr aus Deutschland nach Schweden zugelassenen Waren Kali gestrichen worden.

Die sächsische Regierung und die Erhöhung der Braunkohlenpreise. Die sächsische Regierung hat im Gegensatz zu den Regierungen Preußens, Sachsen-Altenburgs und Anhalts es abgelehnt, die neuen Forderungen der mitteldeutschen Braunkohlenwerke auf Preiserhöhungen zu bewilligen. Dagegen hat sie beschlossen: 1. neue Verhandlungen mit den genannten Regierungen einzuleiten zwecks Nachprüfung der für die Begründung der geforderten Preiserhöhungen beigebrachten Unterlagen, 2. einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach dem die Verstaatlichung und Sozialisierung der sächsischen Kohlenwerke erfolgen soll.

Erhöhung der Teuerungszuschläge in der elektrischen Industrie. Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie hat beschlossen, die Teuerungszuschläge um durchschnittlich 30 Punkte zu erhöhen, das bedeutet eine Heraufsetzung um 10 bis 15 Prozent der bisherigen Preise. Der Zuschlag wird vorgenommen, um einen Teil der erhöhten Gestehungskosten auszugleichen, soweit sie sich bis jetzt erfassen lassen.

Kolonialbank, A.-G., in Berlin. Das Institut bereitet eine Kapitalserhöhung auf 10 Mill. vor. Das Kapital betrug seither eine Million. Es ist beabsichtigt, neben dem bisherigen Kolonialgeschäft das allgemeine Bankgeschäft zu pflegen.

Berliner Börse

vom 4. Januar 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	94,75
Halle-Hettstedter	78,00
Schantungbahn	94,12
Allg. Lokal-Str.	131,00
Gr. Berl. Str.	122,25
Magdeburger Str.-B.	184,50
Prinz-Heinrich-B.	——
Orientbahn	——
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	82,00
Hambg. Südamerika	128,00
Hansa-Dampfschiff.	169,00
Nordd. Lloyd	82,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	152,75
Commerz-Diskontobank	116,00
Darmstädter Bank	113,50
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	200,00
Diskonto-Comm.	164,50
Dresdner Bank	140,12
Leipzig Credit-Anst.	140,50
Mitteld. Kreditbank	116,75
Nationalbank	——
Oesterr. Kredit	——
Reichsbank	127,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	——
Akt. f. Anilin	224,00
Allgem. Elektr. Ges.	167,87
Ammendorfer Papierfbk.	——
Anhalter Kohlenw.	164,00
Annaberger Steingut	152,50
Badische Anilin	276,50
Bergmann Elekt. Akt.	131,00
Berl. Masch.-Bau	196,12
Bismarckhütte	194,50
Bochumer Gußstahl	190,25
Chem.-Fabr. Buckau	——
Chem. Griesheim	196,50
Chem. Heyden	211,50
Consolidation Schalk	——
Gröllwitzer Papierfbk	——
Daimler Motoren	175,50
Deutsche Luxemburg	110,62
Deutsche Uebersee Elektr.	184,50
Deutsche Erdöl	——
Deutsche Gasglühl.	293,50
Deutsche Kali	137,50
Deutsche Waffen u. Mun.	160,00
Donnersmarkhütte	232,00

Döring & Lehrmann	70,00
Dürkoppwerke	——
Elberfelder Faber.	272,00
Felten & Guilleaume	——
Gasmotoren Deutz	113,25
Gebhard & Co	186,00
Gelsenkirchen Berg	142,50
Glauziger-Zuckerfbk.	190,50
Hallesche Maschfbk.	252,00
Hann. Masch.	267,00
Harpener Berg	167,75
Hasper Eisen	120,00
Hirsch Kupfer	155,25
Höchster Farbw.	237,50
Hoesch Eisen u. Stah	214,75
Hohenlohe-Werke	107,00
Humboldt Masch.	115,25
Ilse Bergbau	302,75
Kahla Porzellan	252,00
Kaliw. Aschersleben	134,00
Körbisd. Zucker-Akt.	243,00
Kyffhäuserhütte	——
Lahmeyer & Co.	109,00
Lauchhammer	155,00
Laurahütte	178,50
Linke & Hofmann	243,00
Ludwig Loewe & Co.	199,50
Lothringer Hütte	130,12
Mannesmannröhren	175,25
Oberschl. Eisenb.-Bd.	132,75
do. Caro Hag.	115,75
do. Kokswerke	205,50
Orenstein & Koppel	141,12
Phönix Berg	191,75
Rhein. Metall-Vorz.	164,00
Rhein Stahlwaren	133,00
Riebeck. Montan	193,00
Rombacher Hütten	145,25
Rositzer Braunk.	108,00
Rositzer Zucker	130,00
Sangerhäuser Masch.	205,00
HugoSchneider & Co.	177,00
Schuckert & Co.	129,62
Siemens & Halske	171,00
Stettiner Vulkan	132,50
Stollberger Zinkh.	105,50
Strals. Spielkarten	180,00
Thale-Eisenhütte	220,25
Triptis Porzellan	165,00
Türk. Tabakregie	——
Ver. Köln-Rottweiler	148,00
Ver. Glanzstoff	374,00
Wegelin & Hübner	——
Werschen-Weißenfelder Braunk.	——
Westeregeln Alkali	187,00
Wittener Gußstahl	179,00
Wrede Mälzerei	100,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	248,00
Zellstoff Waldhof	180,00
Otavi-Minen.	92,75

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G. Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Depositenkasse Rellstrasse 133. Fernspr. 6189. Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Alle Polsterarbeiten, Dekorationen jeder Art, Zimmertapezieren. Gute Arbeit. Solide Preise. O. Tietzel, 110 Kanzleigasse 1 und 2, III r.

In unserem **Verkehrs-u. Leseraum** Gr. Ulrichstr. 52 können Sie täglich Einsicht nehmen in **die bedeutendsten Zeitungen** aller politischen Richtungen Deutschlands, Oesterreichs u. der Schweiz. Sie finden daselbst auch die **hervorragendsten Zeitschriften** aus allen Gebieten der Kunst, Literatur und Unterhaltung und unterrichten sich **über alle Fragen des täglichen Lebens.**

HEINRICH **LANZ** MANNHEIM Heissdampf-Ventil-**Lokomobilen** Gesamt-Absatz: 1,475,000 PS.

Möbelfabrik **C. Hauptmann** Kl. Ulrichstr. 36 hat immer noch große preiswerte :: Vorräte! :: Ca. 200 Musterzimmer! V1265

Amtliche Bekanntmachung. In das hiesige Handelsregister Abt. A Nr. 2[illegible]8 ist heute die offene Handelsgesellschaft Hamburger Zigarren-Börse Brandstätter & Langmack mit dem Sitz in Halle eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Josef Brandstätter und Karl Langmack, beide in Halle. Die Gesellschaft hat am 23. Dezember 1918 begonnen. Halle, den 30. Dezember 1918. Das Amtsgericht Abt. 18.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190105017/fragment/page=0003

Bankhaus
Paul Schauseil & Co.
Halle a/S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg.
Agenturen in Gräfenhainichen u. Düben.

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Banknoten und Geldsorten.

Scheck- Konto-Korrent- Wechsel- Verkehr.
Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Zinsscheinen.

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).
Stahlkammer mit vermietbaren Schliessfächern.

Aufruf!

Freiwillige für die 10. Armee werden gebraucht!

Die 10. Armee — Oberbefehlshaber General von Falkenhayn — steht an der Ostgrenze, um die Heimkehr der Truppen der Heeresgruppe Kiew sowie der 8. Armee zu sichern.

Drei Monate muß die 10 Armee ihre Linie noch halten, damit die Kameraden aus Esthland und Livland, vom Kaukasus und Don ungefährdet die Heimat erreichen können.

Aber die Armee hat seinerzeit alle jüngeren Mannschaften zur Unterstützung der Westfront abgegeben. Jetzt sind ihr die Elsaß-Lothringer und Linksrheinländer, aus denen sie zum großen Teil bestand, entzogen worden. Der Rest ihrer Truppen ist überalteter Landsturm, der nach Hause drängt. Die entstandenen und entstehenden Lücken müssen sofort ausgefüllt werden.

Jeder, der eine Waffe führen kann und gewillt ist, den nicht schweren Dienst hier draußen treu zu tun, wie es sich für den deutschen Soldaten von altersher gehört, ist willkommen.

Stehen wir in diesem guten deutschen Soldatengeist zusammen, dann gibt es hier keinen Feind, den wir auch nur einen Augenblick zu fürchten hätten.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes und der sonstigen Verhältnisse in Deutschland wird nicht wenig für den freiwilligen Eintritt geboten: Kräftige, ausreichende Verpflegung neben Unterkunft, Bekleidung, Ausrüstung. Mk. 30,— monatliche Grundlöhnung für jeden Mann, dazu Mk. 5,— Tageszulage vom Dienstantritt an. Unteroffiziere erhalten anstelle der Grundlöhnung ihre Dienstgradlöhnung neben der Tageszulage, soweit und sobald sie in Etatstellen einrücken können.

Die erste Dienstverpflichtung erfolgt auf drei Monate. Nach deren Ablauf gilt 10tägige Kündigung von beiden Seiten, wenn nicht Verlängerung des Vertrages erfolgt. Dienstprämie von Mk. 100,— nach Ablauf des ersten Vierteljahres ist in Aussicht gestellt.

Kameraden! Wer den Uebergang vom Heeresdienst zum bürgerlichen Leben jetzt noch nicht finden kann, wer im fremden Lande noch etwas von der Welt sehen will oder vielleicht eine neue Zukunft im fremden Lande sich zu gründen gedenkt, der melde sich zum Freiwilligendienst in der 10. Armee. Eile tut not!

Armeeoberkommando der 10. Armee.

Werbestelle: Mil. Arbeitsnachweis, Magdeburgerstr. 67. h 5

Zum Deutschen Schwert
(neben der Kreissparkasse)
gemütlich warm, schönes Licht, anerkannt gute Biere,

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen.
Grosse Auswahl
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik
Albert Marlick Nachf.
Inh. Richard Ziemer.
Halle a. S., Alter Markt 2.
V1265

Grosse Ersparnis
durch
Umwenden
getragener Kleidungsstücke
Umarbeiten
von Uniformstücken in bürgerliche Kleidung
Umfärben
von Uniformstücken
in schwarz, blau, braun, grün,
Tadellose Paßform — Beste Verarbeitung.
S. Weiss, am Markt
Fernspr. 6917.

Vermischtes

Aelterer Auslandsdeutscher
sucht jugendl. Freundin. Bild. Alter, Verhältnisse erbeten. Verschwiegenheit. Off. u. A. U. 260 a. d. Fil. d. Ztg., Gr. Ulrichstr. 52.

Aschentuhren
werden sofort billig abgefahren, 2spännige Fuhren 15 bis 18 M. K. Härtel, Lerchenfeldstr. 4. Fernruf 5822. b85

Handschrift deutet umsonst, Rückp. Graphol. Schneeweiss, Berlin, Elsaßerstr. 19. a013

Gewürz- u. Kaffeemühlen
werden geschärft und repariert. Kellnerstr. 6. 1 am Hallmarkt.

Kachelöfen
in allen Größen lieferbar. Umsetzen, Reparaturen u. Reinigen führt billig und sauber aus Franz Radecke Töpfermeister, Goethestr. 10. b 84

Restaurant zum Markgrafen
Brüderstraße 7. Tel. 4980. Ecke Kl. Steinstr.
Angenehmes Familienverkehrslokal. ff. dunkle Biere. Gose. Torte. Gänsebraten. Für musikalische Unterhaltung ist b[e]stens gesorgt. V138/5 Rob. Meier.

Bürger-Casino
Restaurant und Kaffee,
Bertramstrasse 27, Ecke Jakobstrasse.
Mod. Einrichtung, musikal. Unterhaltung.
Gute Küche und Getränke.
Zur Neu-Eröffnung
am Sonntag, den 5. Januar
ladet ergebenst ein Albert Lanz.

Friedrichroda Sanatorium **Dr. Lippert-Kothe**
Sorgsame ärztl che Behandlung. Gute Verpflegung.

FEUERBRÜCKE D.R.P. u. Auslandspat.

statt

Abstreifer.

Fast kein Verschleiss. — Grössere Betriebssicherheit. Erheblich höherer Nutzeffekt im Dauerbetrieb. — Wesentlich einfachere Bedienung (grössere Unabhängigkeit vom Heizerpersonal). — Selbsttätige Schlackenabfuhr. — Zugänglichkeit auch des hinteren Rostendes. — Erhöhung der Rostleistung. — Auch für minderwertige Brennstoffe gut geeignet, die sich mit Abstreifern nicht oder nur schlecht verheizen lassen. — Für alle Arten von Wanderrostfeuerungen. — Wichtigste Verbesserung des Unterwindwanderrostes. — Zeugnisse über vierjährige Betriebserfahrungen. — Ueber 1100 Feuerbrücken in Betrieb bezw. Ausführung. — Annähernd 600 Feuerbrücken nachbestellt.

a3041k

L. u. C. Steinmüller Gummersbach.

40jähriger Erfolg!
Zur Haarpflege

antiseptisch, beleb. nerven stärk. Erfrischend **Kräuter-Essig** verhütet den Haarausfall, verhindert die Schuppenbildung, stärkt den Haarwuchs, belebt d. Nerven. Fl. M. 1,25. Doppelfl. M. 2. bei Oscar Ballinsen u. Jun- Parf. Leipziger Str. 91 u. 3.

Steuer-Erklärungen,
Bücherrevisor Feyer Halle a. S. Steinweg 12. Tel 3341.

Bettnässe. Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst diskret. Margonal Berlin, Belle-Alliance-Straße 32.

Hosenträger von 1.00 Mk. bis 5.00 Mk. — Sehr große Auswahl H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Rentier
wünscht bei guter Bezahlung in besserer Familie oder bei Einzeldame mit einzuwohnen ev. auch auf dem Lande. Gefl. Anerb. unter E. 909 an Annonc.-Exp. Adalb. Müller. Berlin C., Rosenthalerstr. 36. A160/4

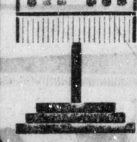
Volkswohlfahrt und Volksgesundheit
und
Deutsche demokratische Partei.

Die **Deutsche demokratische Partei** tritt für die Einsetzung eines aus Fachleuten bestehenden **Ministeriums für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt** ein. Seine Aufgabe wird es sein, die Fragen der **Volksernährung**, der **Gesunderhaltung aller Volkskreise**, der **Bekämpfung von Volksseuchen**, des **Arbeiterschutzes** zu bearbeiten. In ganz besonderem Maß wird es für **gesunde Arbeitsstätten** und **gesunde Wohnungen** zu sorgen haben. Der **Schutz der schwangeren Frau** und der **Wöchnerin** und ferner des **Säuglings** wird von ihm mit aller Macht durchzuführen sein. h 133/5

Das Ministerium für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt wird sich auch mit der Frage der **ärztlichen Versorgung des Volkes** zu befassen haben. Auch hier muß der Grundsatz mit aller Energie durchgeführt werden, daß nur Fachleute bei dem Ausbau dieser für die Volksgesundheit so wichtigen Fragen maßgebend sein dürfen.

Deutsche demokratische Partei.

Rudolf Kraemer,
Dentist,
Nur Leipzigerstr. 21 II, gegenüber dem Passage-Theater.
Telephon 4343. — Sprechzeit 9–12, 2–6

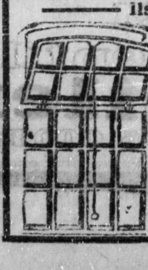

Kurt Litzenberg,
Metallwarenfabrik,
Verkaufstelle: Gr. Steinstr. 11,
empfiehlt sehr vorteilhaft:
Lampen für Gas und elektrisch Licht.
Alle Einzelteile für Gas und Elektrisch.
Komplette Neuanlagen. Reparaturen. Umwandlungen Gas in Elektrisch V346 4

Architekt G. Schmidt
Steinweg 17, III Fernruf 2006.
Bureau für Architektur und Kunstgewerbe.
Entwurf-Bauleitung
Projektierung von Kleinwohnungssiedlungen u. Gartenstädten.
Anfertigung von Bebauungsplänen.
Wohnhaus-, Industrie- und landwirtschaftliche Bauten.
Friedhofsarchitektur.

Jacobys Börsen-Korrespondenz.
Unentbehrlich für jeden Privatkapitalisten.
Auskünfte über Wertpapiere etc.
Probenummern gratis. Berlin W. 8, Kanonierstr. 39

Von Dienstag, den 7. ds. Mts., ab steht ein großer Transport

prima belgischer Arbeitspferde
in allen Farben, sowie schöne Einspänner V 134/1
Wagenpferde in meinen Stallungen sehr preiswert zum Verkauf.
S. Pfifferling,
Halle a. S., Franckestraße 17. Tel. 6288.

Fürstlich Stolbergsches Hüttenamt
— Ilsenburg —

fertigt als Spezialität:
gusseiserne Fenster
in allen Grössen und Formen ohne Modellkostenberechnung bei billigsten Preisen. Grösste Haltbarkeit gegenüber hölzernen und schmiedeeisernen Fenstern garantiert. Bei Anfragen u. Bestellungen Angabe der lichten Fensteröffnungen erforderlich. — An Architekten, Baumeister, Eisen- oder Baumaterialienhandlungen Musterbuch und Preislisten gratis.

Guter Ton und feine Sitte von E. Roska Geschenkband M. 5.25.
Zum Selbstunterricht Vollständige Lehrgänge 1. Ranges. Jedes Werk M. 5.25.
Richtig Deutsch. Böhmisch. Englisch. Französisch. Italienisch. Polnisch. Russisch. Spanisch. Türkisch, Ungarisch. Handelskorrespondenz. Desgl. engl. Desgl. französisch. Kontorpraxis. Geschäftspraxis. Formularbuch für alle Rechtsgeschäfte und Prozesse. Großer Briefsteller. Lehrbuch der Reklame. Geographie. Gymnastik des Willens. Angew. Menschenkenntnis. Weltgeschichte. Aufsatzschule. Fremdwörterbuch. Gartenbuch. Buch der Reden. Humoristische Vorträge. Deklamatorium. Der Vergnügungsrat. Syst. Kochkunst. Auskunftsbuch für Erfinder. Musiklehre. Harmonielehre. Zitherschule. Klavierschule M. 7.40. Violinschule M. 5,60. Musikgeschichte M. 7,70. Kompositionslehre M. 7,25. Zeichenschule M. 6.50. Buch der Erfindungen M. 16.50.
Handbuch für Kaufleute (Buchführung, Schriftführung, Handelsrecht, Wechselrecht, Scheckwesen, Bankwesen, Kaufm. Rechnen. Nie versag. Hilfsbücher) M. 13.20.
Neueste kaufmännische Bibliothek Einheitliche Bde. zusammen M. 30.—, (einzeln M. 5,25). A. Kaufm. Rechnen. B. Geschäftspraxis in Handel und Gewerbe. C. Praktische Korrespondenz des Kaufmanns. D. Die Bank, ihre Geschäftszweige und Einrichtungen. E. Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung. F. Rechtshandbuch.
Lehrbuch der Landwirtschaft (preisgekrönt) von K. Schlipf. 20. Auflage, 618 Seiten mit 750 Abbildungen M. 12.10.
Versand gegen Nachnahme. Wir liefern auch jedes andere Buch. Direkt zu beziehen von L. SCHWARZ & CO., Verlagsbuchhandlung, BERLIN A 27, Dresdener Straße 80.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190105017/fragment/page=0004